



Pandemiewahljahr 2021: Mobilisierung und Positionierung von Verbänden für die Ziele nachhaltiger Entwicklung

Bericht über die 13. Sitzung des Erweiterten Lenkungsausschusses von SDSN Germany

Am 24. Februar 2021 fand (virtuell) der 13. Erweiterte Lenkungsausschuss von SDSN Germany statt. An der Beratung zum Thema *Pandemiewahljahr 2021: Mobilisierung und Positionierung von Verbänden für die Ziele nachhaltiger Entwicklung* beteiligten sich unter den über 50 Teilnehmenden auch Gäste aus deutschen Spitzenverbänden sowie von Mitglieds- und Partnerorganisationen von SDSN Germany.

Die Veranstaltung rückte den in der [Dialogfassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie](#) aufgegriffenen Hebel der *Gesellschaftlichen Mobilisierung und Teilhabe* ins Zentrum und ging der Frage nach, wie sich deutsche Spitzenverbände in dem von der Corona-Pandemie geprägten Wahljahr 2021 zu den Zielen nachhaltiger Entwicklung positionieren, wie sie sich eine strukturelle Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie in der nächsten Legislatur vorstellen und was Gesellschaft und Wirtschaft in diesem Jahr bewegt und bewegen können.

Anna-Katharina Hornidge (Co-Vorsitzende von SDSN Germany) begrüßte die Gäste und die Mitglieder des neu berufenen Erweiterten Lenkungsausschusses herzlich, darunter erstmals Sophia Bachmann (UN-Jugenddelegierte), Dr. Camilla Bausch (Specherin Ecoronet), Prof. Dr. Uwe Cantner (Vorsitzender der Expertenkommission Forschung und Innovation), Dr. Steffen Meyer (Bundesministerium der Finanzen) und Daniela Setton (Ministerium für Landwirtschaft, Klima und Umweltschutz; Brandenburg). Anna-Katharina Hornidge hieß sodann herzlich **Frau Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger (Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung)** willkommen und lud sie ein, in einer eröffnenden Keynote über die aktuelle gesellschaftliche Lage zu sprechen.

Jutta Allmendinger fokussierte ihre Keynote auf die gesellschaftlichen Folgen der Pandemie. Vor dem Hintergrund der Forschung am WZB widmete sie sich insbesondere der Frage, was mit den präpandemischen gesellschaftlichen Mustern passiert, die nun in der Pandemie noch deutlicher zu erkennen seien als zuvor und Verstärkungen erführen. Es sei zu beobachten, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt verloren geht und strukturelle Ungleichheiten verstärkt werden. Wer bereits schwächer in die Krise reingekommen sei, komme aus ihr auch schwerer wieder raus. Dies betreffe zunächst insbesondere jene in prekären Beschäftigungssituation. Ferner gebe es eine neue Schnittlinie zwischen jenen, die zu Hause arbeiten können (z.B. im Wissenschaftsbereich), und jenen, bei denen dies nicht möglich ist (z.B. Haustechniker). Insgesamt sei die Wahrnehmung der Krise stark abhängig von den jeweiligen Wirtschaftsbereichen. Der großen Kurzarbeitspopulation müssten z.B. durch Bildungsprogramme zweite und dritte Möglichkeiten für die Zeit nach der Krise eröffnet werden. Damit leitete Jutta Allmendinger zum zweiten Beispiel über, dem Bildungsbereich. Neue Datensätze des nationalen Bildungspanels zeigten große Unterschiede zwischen Kindern in hoher Abhängigkeit von den unterschiedlichen sozialen Situationen der Familien. Besorgniserregend sei das Wachstum der Gruppe mit niedriger „Selbstwirksamkeit“. Die Ausprägung dieses *locus of control* sei sehr stark abhängig von Elternhaus und Freundeskreisen. Viele Kinder aus bildungsferneren Milieus hätten sich zurückgezogen und fremdelten bei der Schulöffnung. Etwa 25% der Kinder gehörten zu dieser Gruppe. Hier sei deutlich mehr Stützung und Rahmung nötig. Man kenne diese Kinder, man wisse, wo sie wohnen und aus welchen Elternhäusern sie kommen. Da die Eltern und Familien dieser Kinder die notwendige Stützung oft nicht leisten könnten, sprach sich Jutta Allmendinger für eine zweite, zielgerichtete Coronapolitik aus, die die Zivilgesellschaft mobilisiert und z.B. Studierende mit solchen Kindern zusammenbringt. Es sei dies keine Krise des Bildungssystems, sondern vielmehr eine Krise der



Gesellschaft, die in der Pandemie etwa 25 bis 30% der Menschen, insbesondere auch der nächsten Generation nicht erreiche. Es brauche jetzt vor allem „Umschulungen“, da es darum gehe, die Menschen vor der Arbeitslosigkeit in andere Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Als dritten Bereich sprach Jutta Allmendinger die Auswirkungen der Pandemie auf die Familien an. Diese seien dramatisch, Mütter „könnten einfach nicht mehr“. Oftmals wäre Hilfe in Form von Zeit wesentlich wichtiger als Geld. Eine nachhaltige Gesellschaft müsse hier wie bei der Bildung deutlich mehr „aufsuchende Hilfe“ anbieten sowie neue Lebensräume und -möglichkeiten schaffen. Jutta Allmendinger sprach dann die mit dem Hype des Home-Office verbundene besondere Art der Geschlechtergleichstellung an. Diese sei oftmals perfide, da das Home-Office die großen Lücken zwischen Männern und Frauen im Bereich der Löhne, Renten, Lebenseinkommen und Zugänge zu Führungspositionen nicht schließe. Sie schloss ihre Keynote mit einem Plädoyer, die verloren gegangenen Räume der Begegnung so schnell wie möglich wieder zugänglich zu machen und die durch die Krise verschärfte soziale Ungleichheit abzubauen. Je größer die soziale Ungleichheit, desto mehr verstärkten sich die gesellschaftlichen Probleme. In den anschließenden kurzen Reaktionen wurden auf eine Erosion des Vertrauens in den Staat, eine unterschiedliche Handhabung von Maßnahmen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen sowie ein zunehmendes „Gefühl des nicht gehört Werdens“ hingewiesen. Jutta Allmendinger betonte abschließend, Politik habe sich über die Pandemie zu sehr „vernaturwissenschaftlich“. Psychologen und Gesellschaftswissenschaftler seien zu spät und zu wenig in der Politikberatung hinzugezogen worden.

Erste Gesprächsrunde: Was bewegt die Gesellschaft?

Die erste, von **Anna-Katharine Hornidge** moderierte Gesprächsrunde wurde mit Impulsen von **Olaf Zimmermann (Geschäftsführer, Deutscher Kulturrat)**, **Prof. Dr. Kai Niebert (Präsident, Deutscher Naturschutzring)** und **Prof. Dr. Jens M. Schubert (Vize-Präsident, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege)** eröffnet. Die Impulse betonten aus unterschiedlichen Perspektiven, wie eng miteinander verwoben die Herausforderungen der Pandemie und das Erreichen der Ziele nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) seien. Die Gesellschaft befinde sich in einer multiplen Krise: Die Pandemie sei eine Folge des Überschreitens planetarer Grenzen und dem damit verbundenen Artensterben. Aus der Gesundheitskrise folge eine tiefgreifende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Krise, während die Klimakrise sich weiter verschärfe. In weiten Teilen der Gesellschaft werde die Pandemie als „größte Katastrophe“ und „nie endender Alptraum“ wahrgenommen. In dieser Situation stellten sich elementare Fragen neu, „große Themen“ wie Verzicht und Wachstum oder Gerechtigkeit einschl. Ressourcengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit nach der Krise rückten (wieder) in den Vordergrund. Damit stünde eine Kultur des Wandels, ein kultureller Wandel auf der Tagesordnung. [Die SDGs seien vor allem auch als Kulturziele zu begreifen](#). Insbesondere Bildungs- und Geschlechtergerechtigkeit seien hier hervorzuheben.

Mit Blick auf die Nachhaltigkeitspolitik wurde beobachtet, dass die SDGs zwar von nahezu allen gewollt würden, ihre konkrete Wirkung im täglichen Leben aber weiterhin begrenzt sei. Sie zu erreichen, stelle ein großes Problem dar, dass ohne kulturelle Bereitschaft nicht zu meistern sei. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie stelle sicher eine „wunderbare *policy*“ dar, müsse jetzt aber die Schwierigkeiten der Umsetzung angehen. Die Pandemie könne kein Grund sein, die SDGs nicht zu erreichen. Hierfür seien soziale Innovationen und mehr Konsistenz nötig. So müssten z.B. nachhaltigkeitschädliche Subventionen (davon allein 57 Mrd. Euro umweltschädliche) abgebaut werden. Auch die beschlossenen Aufbau- und Konjunkturprogramme seien noch nicht wirklich nachhaltig. Gesellschaftliche Aushandlungsprozesse wie in der sog. Kohlekommission oder der Zukunftskommission Landwirtschaft böten die Chance, gemeinsam ambitionierte Transformationspfade zu erarbeiten. Es sei aber Aufgabe des Staates, durch mutige Entscheidungen ordnungspolitische Leitplanken zu setzen, statt hinter in den Kommissionen erzielte Ergebnisse



zurückzufallen. Ein wesentlicher Punkt sei auch, Umwelt- und Sozialpolitik im Rahmen einer integrativen Nachhaltigkeitspolitik nicht gegeneinander auszuspielen.

Für eine solche integrative Nachhaltigkeitspolitik seien Mobilisierung und gemeinsame Positionierung unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Akteure essenziell. Ein Beispiel dafür sei die konkrete [Zusammenarbeit zwischen Kulturrat und BUND](#). Die Verbände stünden zu den Nachhaltigkeits- und Klimazielen, müssten aber auch vor den eigenen Haustüren arbeiten. In der Pandemie müsse sich die Debattenkultur zu den SDGs hin zu einer Chancendebatte entwickeln („Schönheit statt Verzicht“). Ein solcher Perspektivwechsel sei den SDGs inhärent, indem sie soziale und ökologische Fragen zusammendenken. Andernfalls laufe man Gefahr, die Akzeptanz in der Bevölkerung zu verlieren. Gerade mit Blick auf die Bundestagswahl sei es auch eine Aufgabe der Verbände, sich hierzu stärker einzubringen und dem Staat das Heft des Handelns nicht allein zu überlassen.

In der anschließenden Reaktionsrunde wurde nochmals betont, dass der generellen Idee der Nachhaltigkeit in der Regel nicht widersprochen werde, die entscheidende Frage nach dem „Wie viel ist genug?“ aber weniger leicht im Konsens zu beantworten sei. Eine Gesellschaft, die sich weg vom Konsum und hin zur Gestaltung bewegen wolle, müsse hierzu ins Gespräch kommen. Städte und Kommunen wurden in diesem Zusammenhang als relevante Akteure auf dem Weg zu den SDGs herausgehoben. Im kirchlichen Raum fände die kulturelle Dimension der Nachhaltigkeit breite Unterstützung, mehrheitlich sehe man dort große Chancen, dass die Pandemie zur Stärkung von Nachhaltigkeit führe. Hingewiesen wurde auch auf die erstaunlich ambitionierten Maßnahmen, [die eine breite Mehrheit des Bürgerrats zu Deutschlands Rolle in der Welt beim Thema Nachhaltigkeit empfohlen hat](#). Zu der geäußerten Kritik an den Aufbau- und Konjunkturprogrammen dürfe man, so seitens von Ressorts der Bundesregierung, nicht außer Acht lassen, dass sowohl im Rahmen des deutschen Konjunkturpakets (50 Millionen Euro von 130 Millionen Euro würden in Richtung Nachhaltigkeit gehen) als auch auf EU-Ebene (knapp 40% seien Klimaschutzinvestitionen und 20% Digitalinvestitionen) viel getan und in der Krise auch schon viel erreicht worden sei. Die Politik treffe momentan sehr schnell viele sehr wichtige Entscheidungen, auch wenn sich nicht alle in Zukunft als richtig herausstellen könnten.

Zweite Gesprächsrunde: Was bewegt die Wirtschaft?

Die Moderation der zweiten Gesprächsrunde begann **Adolf Kloke-Lesch (Geschäftsführender Direktor von SDSN Germany)** mit dem Hinweis, dass die Wirtschaft als Teil der Gesellschaft und diese zweite Runde deshalb als eine Fortsetzung der ersten mit zusätzlichen Perspektiven verstanden werden müsse. Mit ihren einleitenden Impulsen gaben **Holger Lösch (Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Bundesverband der Deutschen Industrie)**, **Thomas Fischer (Abteilungsleiter Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik, Deutscher Gewerkschaftsbund)**, **Yvonne Zwick (Vorsitzende, B.A.U.M. Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften)** und **Klaus Müller (Vorstand, Verbraucherzentrale Bundesverband)** einen Überblick über Problemlagen und Lösungsansätze unterschiedlicher wirtschaftlicher Akteure. Im Mittelpunkt stand dabei ein klares Bekenntnis zum Leitbild der Nachhaltigkeit, aber auch der Gedanke, dass es jetzt nicht mehr allein um das „Wollen“, sondern zunehmend um das „Können“, also das Umsetzen gehen müsse. Die „Wie-Fragen“ müssten mit der gleichen Begeisterung angegangen werden wie die „Ob-Fragen“. Die damit einhergehenden Herausforderungen wurden deutlich in einen Zusammenhang mit den Folgen der Pandemie für die verschiedenen Akteure gestellt. Während auch unter den nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen die Insolvenzangst umginge, sei gleichzeitig überraschend, welche Geschäftsmodelle in der Krise erfolgreich sind. Während die kurzfristig positiv wirkenden Kurzarbeitsregelungen begrüßt wurden, richteten sich Befürchtungen auf mögliche negative Beschäftigungseffekte von ökologischer Wende und digitaler Transformation. Diese Prozesse würden durch die Pandemie beschleunigt, die Wertigkeit



der Arbeit sei in Gefahr und werde gerade auch bei sozialen Dienstleistungen nicht ausreichend anerkannt. Für viele Menschen hätten während der Krise materielle Fragen an Bedeutung gewonnen, dadurch nähmen Konflikte zu. Es sei eine abnehmende Akzeptanz für die Maßnahmen der Bundesregierung zu beobachten. Die Gesellschaft halte in kurzen Strecken große Einschränkungen durch, aber längerfristige Veränderungen erforderten zusätzliche Voraussetzungen. Der aktuell noch vorhandenen Veränderungsbereitschaft könne nach der Pandemie schnell der Wunsch folgen, zur Ruhe zu kommen, zu reisen und zu konsumieren. Man brauche deshalb jetzt keine Verzichtsdebatten, sondern positives gemeinsames Nach-Vorne-Denken.

Für die notwendige Transformation in der Wirtschaft wurden einerseits Technologie als Garant für die Zielerreichung, andererseits Nachhaltigkeit als *enabler* eines kulturellen Wandels in den Unternehmen angesprochen. Zusätzliche Zukunftsinvestitionen, Innovationen und technologischer Fortschritt (das „Können“) sei nun von der Industrie gefordert, auf Unternehmens- wie Beschäftigenebene. Die Technologien zur Umsetzung seien vorhanden, es fehle aber an Erfahrung in der großindustriellen Anwendung (z.B. grüner Stahl, CO₂ neutraler Strom). Hierzu müsse man mit und in den Unternehmen über die Perspektiven reden. Das Mitspracherecht der Beschäftigten bei den Transformationen sei essenziell, da es sonst Akzeptanzprobleme geben werde. Die Politik müsse einen richtigen Anreizrahmen setzen und zu kohärenter Politikgestaltung finden. Es brauche klare politische Regeln und Ziele sowie Technologien, die man fördert. Dies dürfe aber nicht in regulative Perfektion umschlagen, die Flexibilität und Dynamik zerstören könne. Zudem müsse ein vergleichbares globales Ambitionsniveau aufgebaut werden, um *carbon leakage* und Wettbewerbsnachteile für an Nachhaltigkeit orientierte Unternehmen zu vermeiden. Auch in diesem Kontext wurde darauf hingewiesen und gewürdigt, dass das SDG 8 explizit menschenwürdige Arbeit erwähnt. Das aktuell geplante Lieferkettengesetz sei deshalb entlang der ILO-Kernarbeitsnormen auszurichten. Ohne menschenwürdige Arbeit gäbe es keine nachhaltige Wertschöpfung. Der kulturelle Wandel in den Unternehmen komme im Übrigen auch durch Generationswechsel voran. Man beobachte mehr Diversity- und Nachhaltigkeitsmanagement, Aufmerksamkeit für Klimaneutralität, Lieferketten, Sorgfaltspflichten und nachhaltige Beschaffung, aber auch eine verstärkte Rolle von Frauen in Führungspositionen nachhaltiger Unternehmen. Für die öffentliche Debatte wurden Themen wie der Übergang zu langlebigeren Produkten sowie ein Vorgehen gegen *greenwashing* angemahnt.

Aber auch von der Politik wurde mehr Orientierung auf das „Können“ gefordert. Ausdrücklich begrüßt wurde die sich abzeichnende Fokussierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie auf zentrale Transformationen (Wenden) und Hebel, wie sie in der von [SDSN Germany im März 2020 veröffentlichten Stellungnahme](#) angeregt worden war. In diesem Zusammenhang wurde einerseits die Parallelität der Transformationen angesprochen, die dringend zusammengedacht werden müssten. Andererseits wurde angemahnt, angesichts begrenzter sowohl finanzieller Mittel als auch gesellschaftlicher Akzeptanz über Priorisierung und Sequenzierung einzelner Wenden zu sprechen. Zurzeit gebe es innerhalb der verschiedenen Wenden erhebliche Investitionsstaus, die nicht alle gleichzeitig aufzulösen seien. Beim Umgang mit sich daraus ergebenden Spannungen könnten Lösungen nicht in einer Individualisierung liegen, sei das Verursacherprinzip stärker zu berücksichtigen und müssten die für die Transformationen erforderlichen wahren Preise gezahlt werden.

Immer wieder angesprochen wurde die Bedeutung des transformativen Hebels Finanzen. Im Bereich von Unternehmen und Finanzmarkt müsse der aktuelle *drive* bei *Sustainable Finance* mit den Schlüsseltransformationen zusammengedacht werden, um investitionswürdige Innovationen zu identifizieren. Mit Blick auf die öffentlichen Finanzen wurden wie in der ersten Gesprächsrunde ein Abbau nachhaltigkeitschädlicher Subventionen und eine bessere Verbindung der Aufbau- und Konjunkturprogramme mit den Nachhaltigkeitstransformationen angemahnt. Es müsse viel eindeutigere Signale zur Ausrichtung dieser Programme an den SDGs geben. Die Lasten der Krise



dürften nicht zulasten von Nachhaltigkeit und Klima gehen. Hierfür müssen man weit über die in den Aufbau- und Konjunkturprogrammen veranschlagten Mitteln hinausgehen. Bereits unmittelbar vor der Krise habe eine [gemeinsamen Studie von DGB und BDI](#) zusätzliche öffentliche Investitionen in Bildung, Verkehr, Kommunikationsnetze und Dekarbonisierung in Höhe von rd. 500 Milliarden Euro in den nächsten 10 Jahren gefordert. Neben den öffentlichen Investitionen brauche es aber verstärkt auch private Investitionen in eine nachhaltige Zukunft. Diese könne man durch einen Transformationsfonds stärken, der Investitionen in neue Produkte ermöglicht, die erst in Zukunft marktfähig werden dürften.

Dritte Gesprächsrunde: Was bewegen wir gemeinsam?

In der dritten Gesprächsrunde lud **Anna-Katharina Hornidge** zur Beratung von Wegen ein, wie die Stellung der 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung mit ihren SDGs in den Parteiprogrammen und Verbandspositionierungen zur Bundestagswahl gestärkt und ein struktureller Neuanfang der Nachhaltigkeitspolitik angestoßen werden könne. Anknüpfend an die beiden vorangegangenen Gesprächsrunden wurde betont, dass die durch die Krise veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen und die ökonomische Logik von Transformationen stärker berücksichtigt werden müssen. Die soziale Dimension von Nachhaltigkeit müsse gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Pandemie noch viel deutlicher als eigene Transformationsaufgabe gesehen und dann mit den wirtschaftlichen Transformationen zusammengedacht werden. Die soziale Dimension dürfe weder als Reparatur noch als bloßes Instrument für andere Aufgaben verstanden werden. Für einen strukturellen Neuanfang der Nachhaltigkeitspolitik gebe es auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene an zahlreichen Stellen vielversprechende konkrete Initiativen und Ansatzpunkte wie z.B. die Transformationslotsen in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen oder die zunehmende Orientierung auf Schlüsseltransformationen und transformative Hebel. Dieses Momentum sei für eine strukturelle Neuaufstellung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu nutzen. Eine auf Kohärenz zielende Nachhaltigkeitspolitik müsse aus den selbstreferentiellen Diskursen heraustreten, sich in den *Mainstream*-Prozessen der Politik etablieren und die SDGs z.B. stärker im Europäischen Semester, den Jahreswirtschaftsberichten oder den Strategien anderer Politikfelder abbilden. Die Ausrichtung auf zentrale Wenden und Hebel könne dazu einen Beitrag leisten. Ziel müsse sein, die zentralen Aspekte einer strukturell weiterentwickelten, ambitionierten Nachhaltigkeitspolitik im Koalitionsvertrag zu Beginn der nächsten Legislatur zu verankern. Hierzu könnten die anwesenden Spitzenverbände mit ihrer Vielfalt und Vielzahl wichtige Beiträge leisten. Nachdem die Verbände sich bei ihren Positionierungen im Vorfeld der letzten Bundestagswahl (2017) vor allem auf ihre jeweiligen spezifischen Anliegen fokussiert hätten, luden **Anna-Katharina Hornidge** und **Adolf Klope-Lesch** die Verbände dazu ein, in diesem Jahr jeweils auch die gemeinsam geteilten Anliegen der Umsetzung der 2030 Agenda und einer wirkungsvollen Nachhaltigkeitspolitik nach vorne zu stellen und an die Parteien heranzutragen. Neben einer solchen sich gegenseitig verstärkenden Vielstimmigkeit wurden auch gemeinsame Positionierungen unterschiedlicher Akteure zu ausgewählten Kernfragen oder konkreten Themen als spannend und hilfreich bezeichnet. Abschließend kündigte Adolf Klope-Lesch an, dass SDSN Germany im Rahmen des Projekts #Schlüsselmomente zu einzelnen Wenden und Hebeln im Laufe des Jahres Fachveranstaltungen durchführe. So werde der diesjährige Beirätedialog von Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 und SDSN Germany im Mai 2021 unter dem Thema „Finanz.Macht.Zukunft.“ stehen.

Die nächste Sitzung des Erweiterten Lenkungsausschusses findet am 09. September 2021 (13:30 bis 16:00 Uhr) zum transformativen Hebel Governance statt, die 8. Deutsche SDSN-Versammlung am 28. Oktober 2021 zwischen Bundestagswahl und dem Beginn von Koalitionsverhandlungen.

Protokoll: Dominic Kranholdt (08. März 2021)



13. Sitzung des Erweiterten Lenkungsausschusses von SDSN Germany

Mittwoch, 24. Februar 2021, 13:30 Uhr bis 16:00 Uhr, per Videokonferenz (Zoom)

Tagesordnung

Pandemiewahljahr 2021: Mobilisierung und Positionierung von Verbänden für die Ziele nachhaltiger Entwicklung

1. **Begrüßung und Keynote** (13:30 bis 14:00 Uhr)
Anna-Katharina Hornidge (Co-Vorsitzende, SDSN Germany)
Keynote: **Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger**
(Präsidentin, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

2. **Was bewegt die Gesellschaft?** (14:00 bis 14:45 Uhr)
Gesprächsrunde mit Impulsen von:
 1. **Olaf Zimmermann (Geschäftsführer, Deutscher Kulturrat)**
 2. **Prof. Dr. Kai Niebert (Präsident, Deutscher Naturschutzring)**
 3. **Prof. Dr. Jens M. Schubert (Vize-Präsident, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege)***Kurze Rückfragen/Reaktionen*

3. **Was bewegt die Wirtschaft?** (14:45-15:30 Uhr)
Gesprächsrunde mit Impulsen von:
 1. **Holger Lösch (Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Bundesverband der Deutschen Industrie)**
 2. **Thomas Fischer (Abteilungsleiter Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik, Deutscher Gewerkschaftsbund)**
 3. **Yvonne Zwick (Vorsitzende, B.A.U.M. Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften)**
 4. **Klaus Müller (Vorstand, Verbraucherzentrale Bundesverband)***Kurze Rückfragen/Reaktionen*

4. **Was bewegen wir gemeinsam?** (15:30-16:00 Uhr)
Zusammenfassende Gesprächsrunde
Ausblick: **Anna-Katharina Hornidge (Co-Vorsitzende, SDSN Germany) / Adolf Kloke-Lesch (Geschäftsführender Direktor, SDSN Germany)**